

Ein Jahr nach dem Mord in Dresden

„Da sind auf einmal viele aufgewacht“

Die Stadt Dresden gedenkt an diesem Donnerstag des Mordes an Marwa al Scharbini vor einem Jahr in einem Gerichtssaal. Die Tat hat die Stadt stärker verändert, als es zunächst aussah.

Von Stefan Locke

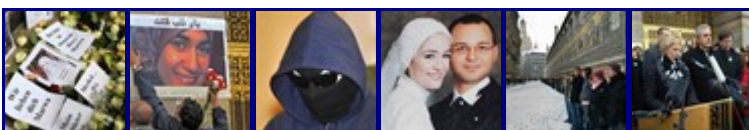
Opfer des Ausländerhasses: Vor einem Jahr wurde Marwa al Scharbini im Gerichtssaal erstochen
01. Juli 2010

Oft sind es ja die kleinen Dinge, die den Unterschied ausmachen. Und so wunderte sich Christian Demuth schon sehr, als kürzlich die Polizei bei ihm anrief. Auf dem Altmarkt stehe ein Apparat, auf dem man auch rassistische Sprüche einstellen könne, schilderte ein leicht verunsichert klingender Beamter, und was man denn da jetzt machen solle. Demuth, Vorsitzender des Dresdner Vereins „Bürger Courage“, der sich gegen Rechtsextremismus engagiert, klingt ein wenig stolz, als er die Geschichte erzählt. „Der Apparat war eine Installation von uns, die wir ‚Phrasendreschmaschine‘ genannt haben“, sagt der Achtunddreißigjährige. Mit den auf mehreren Rollen gedruckten Wörtern ließen sich bewusst auch fremdenfeindliche Sätze bilden. „Und früher“, ist sich Demuth sicher, „hätte die Polizei darauf nicht so sensibel reagiert.“

Mit „früher“ meint Demuth die Zeit vor einem Jahr, genauer vor dem 1. Juli 2009. An diesem Tag ermordete der achtundzwanzigjährige Arbeitslose Alex Wiens am Dresdner Landgericht die einunddreißigjährige, schwangere Apothekerin Marwa al Scharbini; im Gerichtssaal hatte er ein Messer gezückt und vor den Augen ihres Ehemannes und ihres dreijährigen Sohnes auf die Ägypterin eingestochen. Al Scharbini starb noch im Gebäude, ihr Ehemann wurde im Tumult von einem herbeigerufenen Polizisten angeschossen und landete auf der Intensivstation. Heute leben Vater und Sohn in Großbritannien, der Täter sitzt wegen Mordes lebenslang in Haft und kann wegen besonderer Schwere der Schuld auch nicht nach 15 Jahren entlassen werden; in der vergangenen Woche erst verwarf der Bundesgerichtshof sein Revisionsgesuch.

Der Oberbürgermeister blieb im Urlaub

In Dresden aber ist seitdem etwas in Gang gekommen, was kaum jemand für möglich und bis dahin zu wenige für nötig gehalten hatten. Die Stadt setzt sich auf einmal mit Rechtsextremismus auseinander, nicht verdruckt und hinter vorgehaltener Hand, sondern, jedenfalls für Dresdner Verhältnisse, ziemlich offensiv. Danach hatte es zunächst nicht ausgesehen; zur Trauerfeier für die Ermordete erschienen nur ein paar hundert Menschen, die Oberbürgermeisterin blieb im Urlaub und der Ministerpräsident daheim. Wenn man rechtsextremem Gewalt Aufmerksamkeit schenkt, so der schweigende Konsens, kriegt man erst recht ein Problem, und überhaupt: Was sollen denn die Leute denken, die Touristen, Wissenschaftler, Künstler; Dresden ist doch weltoffen!



Und doch war diesmal etwas anders. Marwa al Scharbini war exzellent ausgebildet und hatte Arbeit; ihr Ehemann war Doktorand am Max-Planck-Institut, die Familie hatte Freunde, besten

Kontakt zu ihren Nachbarn, war also gut integriert. Und dann gab es da noch diesen offenen Brief, den die Lokalzeitungen druckten, in dem der Dresdner Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach Politikern wie Bürgern die Leviten las. Die Stadt habe die Dimension des Verbrechens nicht verstanden, verstehe weder Schaden noch Ursachen. „Wir haben einen deutlich erkennbaren Sockel an bekennend ausländerfeindlichen Bürgern, eine Mehrheit, der das Thema gleichgültig ist, wie die Trauerfeier wieder gezeigt hat, und ein paar Aufrechte, die etwas ändern wollen. Das ist zu wenig“, schrieb Donsbach und forderte, die Verantwortung nicht mehr mit dem Hinweis darauf von sich zu weisen, dass der Täter Russlanddeutscher sei.

Aus Angst vor Rufschädigung

Zum Thema

- [Spezial: Der Mord an Marwa al-Scharbini](#)
- [Höchststrafe für Mörder von Marwa al-Sherbini](#)
- [Mordfall Marwa al-Scharbini: Alex W. gesteht](#)
- [Mordfall Marwa al-Scharbini: „Sie töteten dort unsere Soldaten“](#)

Beides, die Zugehörigkeit der Familie al Scharbini zum Bürgertum und der offene Brief, führte allmählich zu einer offenen Auseinandersetzung mit der Fremdenfeindlichkeit. Die Wirtschaft fürchtete auf einmal öffentlich um ausländische Fachkräfte, die Universität um internationale Studenten, Institute um Spitzenforscher und Stadt und Land natürlich um ihren Ruf in der Welt. „Da sind auf einmal viele aufgewacht, die vorher immer abgewinkt haben“, sagt Christian Demuth, der das Problem jahrelang immer wieder bei Bürgern, Politikern, Firmen und Universität angesprochen hatte, aber bestenfalls auf Gleichgültigkeit gestoßen war. Besonders schwer hatte es ihm stets die bürgerliche Politik gemacht, die hinter jeder Aktion gegen Rechtsextremismus umgehend Linksextremisten witterte und deshalb ihre Unterstützung versagte.

„Wer was gegen rechts tut, kann nur links sein, das war hier bis vor einem Jahr das gängige Vorurteil“, sagt Demuth. Sichtbar wurde das jahrelang am 13. Februar, wenn anlässlich der Zerstörung der Stadt Rechtsextreme aus ganz Europa aufmarschierten, ein überparteiliches Bündnis stets zur Gegendemo aufrief, CDU und FDP jedoch die „stille Trauer“ propagierten und sich öffentlich von allen anderen Aktionen distanzieren. Während in Städten wie Jena, Leipzig oder Köln die Oberbürgermeister in der ersten Reihe gegen Neonazi-Aufmärsche protestierten, duckten sich Stadt- und Landesregierung in Dresden lieber weg. In der Folge blieben immer mehr Dresdner, die sonst zu Tausenden öffentlich der Opfer gedacht hatten, zu Hause.

15.000 Menschen bilden eine Kette

In diesem Jahr war das erstmals anders. Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) hatte sich überraschend an die Spitze der Protestbewegung gesetzt, zu der von ihr initiierten symbolischen Menschenkette in der Innenstadt kamen 15.000 Menschen, mehr als doppelt so viele wie erwartet. Die erfolgreiche Blockade des Neonazi-Aufmarschs außerhalb des Zentrums war freilich mindestens ebenso vielen unangemeldeten Demonstranten zu verdanken. Aber seit langem bestimmte mal kein parteipolitisches Gezänk den Gedenktag. Nicht wenige sehen das als ein Indiz dafür, wie die Ermordung Marwa al Scharbinis die Stadt verändert hat.

„Es ist bitter, dass erst so etwas Schreckliches geschehen musste, bis hier etwas passiert“, sagt Nabil Yacoub, gebürtiger Ägypter, der seit 1960 in Dresden lebt und lange Jahre Geschäftsführer des Ausländerrats war. Der Mord habe die intellektuelle Bevölkerung zum Nachdenken gebracht, aber auch viele Ausländer zum Reden. So mancher traue sich jetzt, offen zu berichten über seine Ängste, etwa nachts allein mit der Straßenbahn in bestimmte Viertel zu fahren, in der Öffentlichkeit Kopftuch zu tragen oder eine fremde Sprache zu sprechen. In den wenigsten Fällen, die Ausländern ein mulmiges Gefühl bereiten, sei es offene Gewalt, sondern die subtile Ablehnung - stierende Blicke im Bus, Getuschel an der Supermarktkasse oder schlicht Missachtung. „Das ist nicht

akzeptabel für eine Stadt, die weltoffen sein will“, sagt Yacoub.

Zwei-Klassen-Behandlung bei Ausländerbehörde

Ganz andere Erfahrungen machen dagegen die internationalen Mitarbeiter am Max-Planck-Institut. Die 400 Mitarbeiter stammen aus 45 Ländern, mehr als die Hälfte von ihnen aus dem Ausland - während in der gesamten Stadt nur vier Prozent Ausländer leben. „Ausländerfeindlichkeit war nie Thema“, sagt Sprecher Florian Frisch. „Die Leute, die etwa aus den Vereinigten Staaten zu uns kommen, finden es hier paradiesisch, weil es keine No-go-Areas wie dort gibt und auch abends noch viel auf der Straße los ist.“ Das sei auch nach dem Mord unverändert, gleichwohl habe sich Unmut breitgemacht über die Behörden. Bei der Ausländerbehörde gibt es einen „VIP-Schalter“ für Fachkräfte; alle anderen, darunter auch angehende Doktoranden, mussten bisher durch die langwierige Normalabfertigung. Inzwischen hat sich das zwar für Doktoranden geändert. „Aber wir wünschen uns, dass die Zwei-Klassen-Behandlung für alle aufhört“, sagt Frisch.

Die Oberbürgermeisterin hat das Thema zur Chefsache gemacht und handele auch danach, heißt es von vielen Seiten anerkennend; das Rathaus sei jetzt deutlich wacher bei Ausländerbelangen. Die Mitarbeiter werden geschult, Ämter sensibilisiert, der Umgang mit Fremden neu organisiert. So wollen Stadt und Land ein „Welcome Center“ einrichten, das für Ausländer Ansprechpartner in allen Fragen ist. In den Straßenbahnen laufen Spots gegen Fremdenfeindlichkeit. Und auch viele Dresdner ignorierten das Problem nicht mehr, glaubt Donsbach aus Umfragen zu erkennen. Das sei ein Anfang, immerhin.

Gegen die kleinen Stiche des alltäglichen Rassismus

Tragisch freilich ist, dass all die eigentlich selbstverständlichen Dinge wie Wachsamkeit und Hilfe im Fall Marwa al Scharbini sogar funktionierten. Ein Jahr vor dem Mord war die Ägypterin auf einem Spielplatz von Alex Wiens rassistisch beleidigt worden. Passanten, auch Russlanddeutsche, liefen nicht weg, sondern gaben ihr ein Handy, um die Polizei zu rufen, und stellten sich als Zeugen zur Verfügung. Die Polizei riet zu einer Anzeige, die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren nicht wegen Geringfügigkeit ein, sondern schickte Wiens einen Strafbefehl über 330 Euro. Der legte Widerspruch ein und bekam vom Amtsgericht wegen Uneinsichtigkeit 780 Euro aufgebremmt. In der folgenden Berufungsverhandlung starb Marwa al Scharbini.

Am 1. Juli wird Sachsens Justizminister im Landgericht mit einer Gedenktafel an die Tat erinnern. Der Verein „Bürger Courage“ hat eine Demo zum Rathaus organisiert. Sie wird vorbeiführen an 18 in der Stadt aufgestellten Betonmessern, die symbolisch für die 18 Stiche stehen, durch die Marwa al Scharbini starb - aber auch für die kleinen Stiche des alltäglichen Rassismus.

Text: F.A.S.

Bildmaterial: ddp images/Norbert Millauer, dpa, Matthias Lüdecke / FAZ, REUTERS